

Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung

Abgeordnete Stefan Wenzel und Helge Limburg (GRÜNE)

Verdacht der „missbräuchlichen Verwendung von Steuergeldern“ durch die Regierung McAllister

Anfrage der Abgeordneten Stefan Wenzel und Helge Limburg (GRÜNE) an die Landesregierung, eingegangen am 08.02.2018

Mitte September 2017 berichteten Medien in Niedersachsen über den Vorwurf der „missbräuchlichen Verwendung von Steuergeldern“ durch die Regierung David McAllister. Die Staatskanzlei informierte demnach über einen Fall aus dem Jahr 2011, bei dem es Vorabsprachen mit einer Agentur gegeben haben soll, die den Auftrag für eine Umfrage zum „Bild von der Landesregierung unter der Leitung von David McAllister“ bekam.

Auftragnehmer war eine Agentur aus der Region Osnabrück. Das Unternehmen soll für die Studie, die offenbar nicht veröffentlicht wurde, 44 600 Euro erhalten haben.

Der stellvertretende Regierungssprecher sprach gegenüber Medienvertretern von Akten, die „darauf schließen lassen, dass das damals nicht sauber abgegangen ist“ (*taz*, 11.09.2017). „In den Vermerken (stehe) etwa, dass das Angebot der später eingereichten Agentur Produkt und Markt in Telefonaten und Gesprächen annahmefähig gemacht worden sei.“ Außerdem gebe es auch „eine ganze Reihe von Unterlagen, die eine Verbindung zur Partei herstellen.“ In verschiedenen Medien wurde etwa berichtet, dass die Auftragsvergabe mit einem „U.T.“ abgestimmt sei, was eine Verbindung zum damaligen CDU-Generalsekretär Ulf Thiele nahelegen könnte.

Der damalige Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Grant Hendrik Tonne, wird mit den Worten zitiert: „Es dränge sich der Verdacht auf, dass McAllister vor der Landtagswahl 2013 regierungsfreundliche Umfragen beauftragt und eventuell sogar gemeinsam mit der Landespartei formuliert habe (...) Sollte sich das bewahrheiten, sprechen wir über einen Fall der illegalen Parteienfinanzierung“ (*taz*, 11.09.2017).

Im gleichen Bericht wurde darüber informiert, dass das Rechtsreferat der Staatskanzlei damit beauftragt wurde, den Auftrag zu prüfen - „allerdings nicht nur vergaberechtlich. Es sollte auch geprüft werden, ob die damalige Landesregierung Steuergelder missbräuchlich verwendet habe“ (*taz*, 11.09.2017).

Vergleichbare Resonanzstudien der Bayerischen Staatskanzlei zugunsten der CSU wurden vom dortigen Verfassungsgerichtshof und vom Bayrischen Obersten Rechnungshof als rechtswidrig eingestuft.

1. Wann wurde die im September vom stellvertretenden Regierungssprecher angekündigte Prüfung veranlasst, und gegebenenfalls wann waren die Untersuchungen abgeschlossen?
2. Von wem wurde die Prüfung veranlasst, und wie lautete der exakte Prüfungsauftrag?
3. Für den Fall, dass die Prüfung abgeschlossen ist: Zu welchem Ergebnis kam die Prüfung in Bezug auf die nachfolgenden Fragen:
 - a) Wurden in diesem Fall von der Regierung McAllister die rechtlich vorgeschriebenen Regeln des Vergabeverfahrens eingehalten?
 - b) Wurde der von einem Vertreter der Regierung Weil geäußerte Verdacht der missbräuchlichen Verwendung von Steuergeldern ausgeräumt?
 - c) Haben die Prüfungen die zitierten Hinweise auf Verbindungen bzw. eine Zusammenarbeit zwischen der Staatskanzlei und der CDU-Landespartei oder einzelner ihrer Vertreterinnen und Vertreter bestätigt?

- d) Wurde der vom seinerzeitigen parlamentarischen Geschäftsführer der SPD und jetzigen Kultusminister geäußerte Verdacht der illegalen Parteienfinanzierung bestätigt?
 - e) Haben sich im Zug dieser Prüfung oder bei anderer Gelegenheit im genannten Zeitraum Hinweise auf unter Umständen ähnliche bzw. vergleichbare Vorgänge ergeben, die ebenfalls Anlass zu Prüfungen geben könnten?
 - f) Sind in diesem Zusammenhang oder in anderen Zusammenhängen weitere Überprüfungen von Vergabeverfahren der Regierung McAllister oder anderer Vorgängerregierungen veranlasst worden?
4. Von wem wurde der Auftrag zur Studie über das „Das Bild der Landesregierung unter der Leitung von David McAllister“ erteilt?
 5. Welche Zielsetzung wurde mit der Studie verfolgt?
 6. Wurden die Arbeiten an der Studie auftragsgemäß zu Ende geführt?
 7. Wem wurden die Ergebnisse der Studie bekannt gegeben, bzw. in welcher Weise wurde seitens der Regierung McAllister mit den Ergebnissen der Studie gearbeitet?
 8. Wurden in der vergangenen Legislaturperiode Aufträge für vergleichbare Studien erteilt?

(Verteilt am 14.02.2018)